

Prater-Debatte

Kein Platz für seriöses Geschäft

Allen Dementis zum Trotz ist der Prater-Vorplatz nun doch ein Finanzdebakel geworden. Der Politstreit ist garantiert.

VON GERHARD KRAUSE UND ANDREAS ANZENBERGER

Kein Vergnügen bereite am Mittwoch den Wiener Gemeindevätern der Vergnügungspark Prater. Sie mussten sich nämlich mit einer dringlichen Anfrage der Grünen zum Thema „Riesenradplatz Neu“ beschäftigen. Grund: Baumängel, massive Baukostenüberschreitungen und letztlich sogar die Auflösung des Vertrages mit der Stadt Wien haben die schlimmsten Befürchtungen im auch architektonisch umstrittenen Bauprojekt wahr werden lassen.

Das für die EM geplante touristische Aushängeschild scheint zum finanziellen Fiasko zu mutieren. Und das zwei Tage vor der Eröffnung der EM.

Sabine Gretner von den Grünen bezeichnete den Riesenradplatz als Musterbeispiel für den rücksichtslosen Umgang mit Steuer-

geldern und verlangte, dass es für die Stadtregierung künftig auch Konsequenzen geben müsse. Sogar Kontrollamtsberichte würden die Misswirtschaft aufzeigen.

VP-Gemeinderat Franz Ferdinand Wolf erweiterte die Vorwürfe auf parteipolitischen Machtmissbrauch und Freunderlwirtschaft.

In ihrer Beantwortung der Anfrage machte Vizebürgermeisterin Grete Laska klar, dass es mit der politischen Verantwort-

ung in Wien nicht weit her ist. Es sei ohnehin alles in bester Ordnung. Die Vorwürfe sind lediglich „Unterstellungen oder schlichtweg falsch.“ Die Ursache für einen allfälligen Schaden „ist lediglich auf die Diskussion über das Projekt zurückzuführen.“

Faktum ist, dass das Kontrollamt die Vergabe ohne Ausschreibung kritisiert hat. Die Frage, warum die Vergabe so gelaufen ist, beantwortete Laska

nicht. Sie sei für die Vergabe schließlich nicht verantwortlich gewesen.

Keine Kompetenz Auch auf die Frage, warum nicht geprüft wurde, ob die Firma, die für die Umsetzung des Konzeptes am Pratervorplatz verantwortlich war, dazu überhaupt in der Lage ist, gab es keine Antwort. „Die Überprüfung der wirtschaftlichen Gebarung von Firmen fällt nicht in meine Kompetenz“, ließ Laska wissen. Mit der von Architekten als kitschig beanstandeten Architektur hat sie keine Probleme: „Der Prater ist immer schon für eine Architektur der Illusionen gestanden.“

► Wiener Wohnen

Anfrage wegen Preisabsprachen

Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt bereits wegen angeblicher Preisabsprachen bei der Vergabe von Aufträgen durch Wiener Wohnen. Anlass sind zwei Anzeigen (der KURIER berichtete), in denen mehrere Installateure namentlich genannt werden, die an Preisabsprachen beteiligt gewesen sein sollten. Auch ein SP-Bezirksrat soll dabei gewesen sein. In der Anzeige ist von Preissteigerungen zwischen 50 und 300 Prozent die Rede.

FP-Gemeinderat Harald Stefan wollte daher über eine dringliche Anfrage von Bürgermeister Michael Häupl wissen, welche Vorkehrungen getroffen werden, damit die

Mieter im Gemeindebau nicht zu viel bezahlen. Laut FP-Rechnung würde bei durchschnittlich um 50 Prozent zu hohen Preisen den Mietern in drei Jahren ein Schaden von rund 100 Millionen Euro entstehen.

Häupl unterstrich, dass die Ausschreibung vom Vergabesenat geprüft und als korrekt eingestuft wurde. Lediglich bei zwei von 1214 Ausschreibungspositionen sei es zu einer Preiserhöhung um 300 Prozent gekommen. Eine Aussetzung der Ausschreibung sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Sollte es jedoch zu Preisabsprachen gekommen sein, so werde man dafür sorgen, dass die Mieter die Mehrkosten zurückbekommen.



Prater Vorplatz: Erst architektonisch umstritten und jetzt auch noch ein finanzielles Debakel, das die Stadt bisher schon 16 Millionen Euro an Subventionen gekostet hat